

## TOP 3.6.4 102. Internationale Arbeitskonferenz (IAK) – Rückblick und Ausblick

Abteilung: SP

Teilnehmerkreis: 3gliedrige Delegationen aus allen ILO-Mitgliedstaaten; **österreichische Delegation -**  
– **ÖGB**: Koll.in Johanna **Bögner** (GPA-djp - BRV Boehringer-Ingelheim iR; gesamte Konferenz,  
Ausschuss **Wiederkehrende Diskussion über Sozialen Dialog**), Koll.in Agnieszka Bros (ÖGB –  
Internationales, 1. Woche Normenüberprüfungsausschuss); Koll.in Martina Lackner (ÖGB - Referat  
Sozialversicherungspolitik, 1. Woche, Ausschuss **Sozialer Schutz im neuen demographischen  
Kontext** technische Beraterin: Koll.in **Lutz** (AK Wien – SP, 5.-21.6.2013, Ausschuss  
**Menschenwürdige Arbeit, grüne Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung**).

Veranstaltungsort / -zeit: Genf, 4.6.-21.6.2013

### 1. Inhalt

.Siehe Konferenzprogramm

[http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_204345.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_204345.pdf)

### 2. Ergebnisse und Positionen

Plenum: Vorsitzender: Herr Katamine, Minister für Arbeit und Verkehr des Haschemitischen Königreichs Jordanien. Das erste Jahr des neuen IAO-Generaldirektors **Guy Ryder** ‚**Auf dem Weg zum hundertjährigen Bestehen der IAO**‘. 7 Initiativen sollen auf dem Weg dorthin führen: die Leitungs-, Normen-, Grüne -, Unternehmensinitiative, Initiative zur Beendigung von Armut, ~ für erwerbstätige Frauen, ~ betreffend die Zukunft der Arbeit. [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_214110.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_214110.pdf) S 32 Ein Großteil der Plenarreden setzten sich mit diesen 7 Initiativen auseinander.

‚**Programm- und Haushaltvorschläge des Generaldirektors für 2014-15**‘ enthält den Vorschlag, das Budget für den genannten Zeitraum um 0,3% zu erhöhen, der auf der Konferenz angenommen wurde. [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_216054.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_216054.pdf) S 13

**Special Sitting Rede von Herrn Van Rompouy, Präsident des Europäischen Rates;**

**Ausschuss für Normenanwendung (Bros):**

- Da im Vorjahr keine Liste der zu überwachenden Staaten erstellt werden konnte, weil die AG die Verhandlungen verlassen haben, wurde dieses Problem auf die Tagesordnung der 315. Sitzung des Verwaltungsrates (Juni 2012) gesetzt. In der Folge wurden informelle dreigliedrige Verhandlungen vor der 316. Sitzung des Verwaltungsrates (November 2012) abgehalten. Da konstruktives Verhalten zugesichert wurde, konnten die informellen dreigliedrigen Verhandlungen auch bis zur 317. Sitzung im März 2013 fortgeführt werden (19./20.Februar 2013) Hierzu wurde das Committee of Experts on the Application of Conventions and Recommendations (CEACR) eingeladen. Es wurden zwei Gruppen von Fällen unterschieden: solche, die auf der 102. IAK behandelt werden sollten und solche, die später behandelt werden können. Bei der Konferenz gelang es 26 Fälle, die gleich zu behandeln sind zu beschließen und zu all diesen Fällen zu Schlussfolgerungen zu gelangen.

Allerdings war die Meinung vieler auf der Konferenz, dass dies nur wegen eines weitgehenden Entgegenkommens der AN-Seite gelungen war und dass dies im kommenden Jahr nicht mehr so weitergehen könne. Die AG-Seite spricht von einer neuen Ära in Sachen Vereinigungsfreiheit und fühlt sich an die Interpretation des SVA nicht gebunden (siehe Bericht an den Vorstand von der 101. IAK - Normenausschuss; Streikrecht von Koll.in Bei).

- Sondersitzung zu **Myanmar**.

Ausschuss für **Wiederkehrende Diskussion über Sozialen Dialog** (Bögner): **Schlussfolgerungen angenommen**. [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_216305.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_216305.pdf) ab S 62

Ausschuss für **Sozialer Schutz im neuen demographischen Kontext** (Lackner) **Schlussfolgerungen angenommen** [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_216325.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_216325.pdf) ab S 72

Ausschuss für **Menschenwürdige Arbeit, grüne Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung** (Lutz) **Schlussfolgerungen angenommen** [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_216378.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_216378.pdf) ab S 67

**Begleitend: High-level Panel Discussion on Restoring confidence: Jobs, growth and social progress** [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_216054.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_216054.pdf) **Bericht: Frauenquoten; Side-Event: Follow-Up AIDS-Ausschuss, Informationsaustausch; ILRJ Meeting the challenge of precarious work: A workers' agenda 2013/Vol 5/Issue** (noch nicht im Internet)

Historischer Moment: **Aufhebung der Sanktionen, die 2000 gegen Myanmar verhängt wurden**, am 21.6.2013, Die ILO Mitgliedstaaten wurden ersucht, finanzielle Unterstützung für die Beseitigung der Zwangsarbeit zu gewähren und der Verwaltungsrat wurde eingeladen, die Situation in Myanmar hinsichtlich der seitens der ILO gesetzten Maßnahmen zu überprüfen. Weiters wurde die IAO und die Regierung von Myanmar ersucht, die Verpflichtungen hinsichtlich des gemeinsamen Aktionsplanes zur Beendigung der Zwangsarbeit im Land bis 2015 einzuhalten.

### **3. Follow-Up aus 101. IAK 2012: Ratifizierung Hausangestellten-Übereinkommen**

Ratifikationshindernisse. BMASK hat Sozialpartnerverhandlungen abgeschlossen und wird dem BKA berichten, da eine politische Lösung erfolgen müsste. AG-Seite blockiert teilweise nicht nachvollziehbar (reine Standespolitik).

### **4. Ausblick IAK 2014 und 2015**

**2014:** Verwaltungsrat legt in 317. Sitzung für die Tagesordnung der 103. IAK folgende Themen fest: 1) Verbesserung des Übereinkommens zur **Zwangsarbeit** Nr 29 (einmalige Diskussion) um Umsetzungslücken besser zu vermeiden und 2) Verbesserung des Übergangs von der **informellen zu formellen Ökonomie** (Normsetzung, zweifache Diskussion) fest; ein Programm zur Verkürzung der Intervalls der Vorbereitungsphasen wurde für beide Diskussionsformen genehmigt.

Zur Vorbereitung des Normsetzungsthemas beschloss der Verwaltungsrat betreffend die **informelle Wirtschaft** die Vorbereitung eines **dreigliedrigen Expertentreffens vom 16.-20.9.2013**

**2015:** Das Thema **informelle Wirtschaft** kommt auch auf die Agenda der 104. IAK 2015. Ebenfalls auf der Tagesordnung ist die wiederkehrende Diskussion des strategischen Ziels des **Sozialschutzes** (Arbeitsschutz), Auf der 319. Sitzung (Oktober 2013) wird der Verwaltungsrat die Tagesordnung der 104. IAK 2015 vervollständigen.

**Argumentationshilfen für ArbeitnehmerInneninteressen (Öffentlichkeitsarbeit):**

- geplant Konferenzzusammenfassung für das Oktoberheft 2013 von DRdA / Aktuelle Sozialpolitik
- Kurzbericht in A & W über Bericht des Generaldirektors.

## TOP 3.6.4 Unterstützungsangebote für Lehrlinge ohne Pflichtschulabschluss

Abteilung: LJ (in Kooperation mit BMUKK, SSR)

TeilnehmerInnen: über 40 VertreterInnen von Sozial- und Bildungseinrichtungen, AK und WK

Veranstaltungsort/ -zeit: BIZ, 26.6.2013, 14:00– 16:00 Uhr

### 1. Inhalt der Veranstaltung

Der positive Schulabschluss ist eine grundlegende Qualifikation für den Zugang zum Arbeitsmarkt und weiterführenden Bildungswegen. Für Lehrlinge, die ihre Pflichtschulzeit ohne positiven Abschluss beendet haben, existiert deshalb bereits eine breite Palette an Unterstützungsangeboten. Oft sind diese Möglichkeiten bei den Betroffenen jedoch nicht bekannt oder werden aufgrund von Schwellenängsten nicht uneingeschränkt angenommen.

Im Rahmen der „Bedarfsanalyse zur Entwicklung von Unterstützungsangeboten für Lehrlinge ohne Pflichtschulabschluss im Rahmen der Berufsschule“ wurden die Erwartungen und Bedürfnisse betroffener Jugendlicher an entsprechende Förderangebote erhoben und handlungsleitende Empfehlungen entwickelt.

Flankierend zur Studienpräsentation berichteten Vertreter der Schulpsychologie und Bildungsberatung über ihre Unterstützungsangebote. Lehrlinge erklärten, was aus jugendlicher Sicht attraktive Förderangebote ausmacht. Abschließend präsentierten AK und BMUKK, die AuftraggeberInnen der Studie, ihre Positionen und Forderungen zum Thema.

### Ergebnisse der „Bedarfsanalyse zur Entwicklung von Unterstützungsangeboten für Lehrlinge ohne Pflichtschulabschluss im Rahmen der Berufsschule“

*Nora Musil (Studienautorin):*

- Jede/r befragte Jugendliche kennt statistisch gesehen nur 1,7 von 5 abgefragten Angeboten, das bedeutet, dass nur 34 % der Unterstützungsleistungen bekannt sind.
- Mädchen nehmen Unterstützungsangebote tendenziell differenzierter wahr, sie zählen die SchulärztIn dazu und nennen partiell auch die SchulpsychologInnen. Burschen kennen eher die BeratungslehrerInnen und nennen das KUS, meist in Verbindung mit den Begriffen Sport und Freizeit.
- Die Kenntnistiefe über Nutzungsarten der Angebote ist gering. Viele der Jugendlichen wissen weder den Namen der jeweiligen Person, die das konkrete Unterstützungsangebot ausführt, noch wo und wie der Kontakt zu dieser Person herzustellen ist.
- In der Berufsschule wünschen sich Jugendliche folgende Unterstützungsangebote: mehr Freizeitangebote und Sportmöglichkeiten (32 %), Aufenthaltsräume (27 %), modernere Unterrichtsmaterialien (27 %), mehr Nachhilfe (14 %)
- In der Arbeitswelt wünschen sich Jugendliche folgende Unterstützungsangebote: einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb anstelle einer ÜBA (27 %), mehr Freizeit (27 %), mehr lernen und weniger Hilfstätigkeiten ausführen (27 %), mehr monatliches Entgelt (19 %)

- In Bezug auf Unterstützungsangebote wünschen sich Jugendliche: mehr und bessere Information über die bestehenden Möglichkeiten und Angebote (37 %), Kontaktpersonen in Unterstützungsangeboten müssen Vertrauenspersonen sein (18 %), genügend Zeit und fortlaufende Begleitung bei der Problembewältigung (16%), Unterstützung soll „in der Nähe“ sein (16 %), Kontaktpersonen in bzw das Routing zu Unterstützungsangeboten sollten aus der jugendlichen peer group kommen (13 %)
- In folgenden konkreten Problemfeldern wünschen sich Jugendliche (mehr) Unterstützung: Hilfe bei der Lehrstellensuche und bei Ärger im Job (46 %), Unterstützung im Bereich Familie und Behörden (27 %), Unterstützung im Umgang mit Geld (18 %). 9 % der (ausschließlich männlichen) Jugendlichen gaben an, keinerlei Unterstützung zu benötigen.

## **2. Schlussfolgerungen der Auftraggeberinnen**

*Edith Kugi-Mazza (AK Wien) und Karoline Meschnigg (BMUKK):*

Grundsätzlich bestätigt die Analyse, dass die Berufsschule ein geeigneter Ort ist, um (ausgrenzungsgefährdete) Jugendliche zu erreichen. Hervorzuheben ist, dass BerufsschulpädagogInnen und -direktorInnen von vielen Jugendlichen als vertrauenswürdige AnsprechpartnerInnen erachtet werden. Optimierungspotenzial besteht aber in folgenden Bereichen:

- Es sollten kontinuierliche, schul- und stadtweite interaktive Bildungsprozesse (keine Informationsveranstaltungen!) sowohl über Unterstützungsleistungen an der Schule, aber auch über mögliche Angebote außerhalb der Schule konzipiert werden.
- Es sollten Räume in den Berufsschulen geschaffen werden, die der Freizeitgestaltung und dem sozialen Lernen dienen können.
- Es sollten Bildungsprozesse entwickelt und umgesetzt werden, die Demokratiebewusstsein bzw -verständnis erzeugen bzw erhöhen.
- Sämtliche Initiativen müssen hinsichtlich Geschlecht und Herkunft differenziert ausgestaltet sein.
- Pädagogische Grundsätze für sämtliche Unterstützungsinitiativen sollten sein: Niederschwelligkeit, Anonymität, Kostenfreiheit, Peer-Group-Ansatz, Kontinuität hinsichtlich Durchführungsort und -zeitpunkt sowie zuständiger Ansprechpersonen und Frequenz.

## TOP 3.6.4 53. Treffpunkt SVP aktuell

### Psychische Belastungen - Evaluierungsbeispiele

Abteilung: SGA

Teilnehmerkreis: 217 Sicherheitsvertrauenspersonen

Veranstaltungsort/ -zeit: BIZ, 11.6.2013, 14:00-17:00 Uhr

#### 1. Inhalt

##### Psychische Belastungen – Evaluierungsbeispiele

Betriebe sind verpflichtet bei der Arbeitsplatzevaluierung auch die psychischen Belastungen zu erheben und die daraus resultierenden Maßnahmen umzusetzen. Wie können die in diesem Prozess Beteiligten nun sicherstellen, dass die Evaluierung der geforderten Qualität entspricht? Welche Tools können verwendet werden und wie kann vorgegangen werden?

##### Der neue Impuls Test 2

Im ersten Vortrag wurde der neue Impuls Test 2 vorgestellt. Dabei handelt es sich um die Weiterentwicklung des bekannten Impuls-Tests, welcher die Gütekriterien gemäß ÖNORM EN ISO 10075-3 erfüllt.

##### Evaluierung eines Schulbuchverlages und einer Autobahn-Raststätte

Die ersten zwei Praxisbeispiele beleuchteten die Evaluierung der psychischen Belastungen in einem Schulbuchverlag und in einer Autobahnraststätte. Es wurde von der Planung, Durchführung und Maßnahmensetzung sowie deren Auswirkungen berichtet.

##### Arbeits-Bewertungs-Skala (ABS)

Als zweites Verfahren wurde das neue Evaluierungstool „ABS“ der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, welches speziell für Klein- und Mittelbetriebe entwickelt wurde, vorgestellt. Es wurde erklärt wie dieses neu entwickelte Gruppenverfahren bei der Evaluierung eingesetzt werden kann.

##### Evaluierung eines Dachdeckerbetriebes

Zum Abschluss wurde über die Evaluierung der psychischen Belastungen eines Dachdeckerbetriebes berichtet. Hier wurde dargestellt, welche Maßnahmen aufgrund der Ergebnisse getroffen wurden.

Im Hinblick auf die Erhebung von arbeitsbezogenen psychischen Belastungen ist besonderes Augenmerk auf die Auswahl eines geeigneten Evaluierungsverfahrens zu legen, Arbeits- und Organisationspsycholog/innen sind mit diesen Erhebungsinstrumenten und Analyseverfahren bestens vertraut. Sie wählen das für den jeweiligen Betrieb geeignete aus oder schlagen mögliche Tools vor.

Die Veranstaltungsreihe Treffpunkt SVP-aktuell informierte in gewohnter Weise, diesmal über neue Evaluierungstools und Praxisbeispiele für die Evaluierung psychischer Belastungen.

Alle Präsentationen der Veranstaltung sind auf der AK Homepage unter „Veranstaltungsrückblick“ zu finden.

## TOP 3.6.4 Europas ArbeitnehmerInnen unter Druck

Hochkarätige, international besetzte Diskussionsrunde:

(ua mit Guy Ryder (ILO-GD), Maria Jepsen (ETUI), BM Rudolf Hundstorfer, Karl Aiginger (WIFO), Sybille Pirklbauer (AK))

Abteilung: SP (Koordination) in Zusammenarbeit mit dem Karl-Renner-Institut

TeilnehmerInnenkreis: ca 90-100 TN (Terminvorgabe von BM Hundstorfer & GD Ryder)  
Veranstaltungsort / -zeit: AK Wien, BIZ, 10.7.2013, 12:30h-16:00h

### 1. Inhalt

Wenn „Welten“ zwischen Wunsch und Wirklichkeit liegen!

Die Anhebung der Beschäftigungsquoten und ein Rückgang der Armut in Europa sind ein deklariertes Ziel der EU-Kommission im Rahmen der Europa-2020-Strategie und somit auch der Mitgliedsländer. Ein funktionierender Arbeitsmarkt und der Kampf gegen soziale Verwerfungen sollten aus Sicht der Arbeiterkammer aber nicht nur in politischen Absichtserklärungen genannt werden, sondern sie sind auch zentrale Voraussetzungen für die Bewältigung der aktuellen wie auch künftigen strukturellen, gesellschaftlichen und demografischen Herausforderungen.

Statt diese Ziele glaubwürdig durch konsistente Strategien und Instrumente anzustreben, sieht die Realität anders aus: Massenarbeitslosigkeit und steigende Armut sind kein Phänomen der Vergangenheit, sondern Alltagsrealität in vielen Teilen Europas.

### 2. Ergebnisse und Positionen

- Ergebnisse (Sachebene) = Argumentationshilfe für ArbeitnehmerInneninteressen

#### **„Sozialpakt“ als Pendant zu „Fiskal- und Wirtschaftspakten“**

**Karl Aiginger**, Direktor des WIFO, forderte deshalb sinngemäß die Einführung eines „Sozialpakts“ für Europa, um die bestehenden Zielkonflikte zwischen kurzfristigen Budgeterfordernissen und dauerhaften sozialen Verwerfungen zu entschärfen. Er forderte damit auch ein, eine intelligente, zukunftsorientierte Wachstumsstrategie einzuleiten, die auch verteilungspolitische und ökologische Dimensionen mitberücksichtigen muss.

#### **Der einseitige Austeritätsskurs in Europa ist gescheitert!**

Rekordarbeitslosigkeit, ein Anstieg prekärer Beschäftigungssegmente, zunehmende Arbeitsbelastung, gedämpfte Wachstumsprognosen, eine einseitige Austeritätspolitik und laufende Angriffe auf die etablierten Systeme der Sozialpartnerschaft werden nicht dazu beitragen, den Druck auf die ArbeitnehmerInnen und die Arbeitssuchenden in Europa signifikant zu senken, zu diesem Schluss kommen sinngemäß **Guy Ryder** (ILO-GD, Genf) und **Maria Jepsen** (ETUI, Brüssel).

### **Keine glaubwürdige Besserung der Arbeitsmarktsituation und der sozialen Lage in Europa in Sicht!**

„Eine glaubwürdige Aussicht, dass sich die Arbeitsmarktsituation und die soziale Lage in Europa verbessert, gibt es leider nicht – die EU befindet sich nach wie vor in einer existenziellen Krise.“, konstatierte **AK-Präsident Rudi Kaske**. „Es ist augenscheinlich, dass die europäische – nach wie vor vorrangig wirtschaftliche – Integrationsvision in ihrer bestehenden Form massiv zu hinterfragen ist.“ Europa brauche seiner Überzeugung nach angesichts der rapide steigenden Arbeitslosigkeit – nunmehr leben mehr als 26,5 Mio arbeitslose Menschen in den EU 27-Ländern – rasche und zugleich effektive Antworten.

Für **AK-Präsident Rudi Kaske** steht Europa also auf dem Scheideweg – die Verteilungsfrage, eine aktive Wirtschaftspolitik für Arbeit und Wohlstand sowie mehr Engagement für die Jugend – das sind für ihn wichtige Elemente für einen Kurswechsel. Die Einsicht, dass dieser Kurswechsel notwendig ist, ist aus Sicht des AK-Präsidenten bereits bei einigen Verantwortlichen auf der europäischen Bühne „gesickert“ – wie beispielsweise bei José Manuel Durão Barroso, EU-Kommissionspräsident, der übersetzt bereits im Vorjahr zum Schluss gekommen ist: „Gerade die europäischen Länder mit den effektivsten Sozialschutzsystemen und mit den etabliertesten Sozialpartnerschaften gehören zu den erfolgreichsten und wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt.“ (Vgl [http://europa.eu/rapid/press-release SPEECH-12-596\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-12-596_en.htm))

**Guy Ryder**, Generaldirektor der ILO (Genf), sieht darüber hinaus die Notwendigkeit, die horrende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nicht als eine Frage der drohenden gesellschaftlichen Instabilität, sondern vielmehr als zentrale Verantwortung, menschliches Leid, Perspektivenlosigkeit und Ausgrenzung zu verhindern. Auch den Erfolgsmodellen der Sozialpartnerschaft bzw des „sozialen Dialogs“, die in der Krise vielerorts „geopfert“ wurden, müsse seiner Meinung nach wieder eine stärkere Bedeutung zukommen, da es eben genau die Länder mit den hohen Arbeits- und Sozialrechtsstandards sind, die insgesamt bessere Ergebnisse erzielen.

**María Jepsen**, Direktorin der Forschungsabteilung am ETUI (Brüssel), bestätigte ebenfalls mit empirischen Belegen diesen Befund, dass Länder mit hohen Arbeits- und Sozialrechtsstandards beides erreichen: hohe Beschäftigungsniveaus und eine höhere „Qualität“ der Arbeit. Sie spricht sich deshalb für diese „high road“-Strategie aus und erteilt damit der Forderung des Ausbaus eines „Billiglohn“-Arbeitssegments in Europa, das von manchen „ExpertInnen“ vermeintlich als Erfolgsmodell gesehen wird, eine klare Absage. **María Jepsen** betonte auch, dass sich zwar erfreulicherweise die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern in Europa verringert hat, dies aber nicht, weil die Frauen „aufgeholt“, sondern sich die Einkommen der Männer verringert haben – alles andere als eine wünschenswerte Entwicklung.

**Sybille Pirklbauer**, AK Wien (Abt Frauen und Familie), wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung sozialer Dienstleistungen hin, um eine Gleichstellung von Frauen und Männern „nach oben“ zu erreichen. Investitionen in soziale Infrastruktur haben für sie die höchste Beschäftigungswirkung, entlasten Frauen von unbezahlter Betreuungsarbeit und sind essentiell für die Chancengleichheit der Kinder. Mittelfristig seien die Rückflüsse aus der erhöhten Beschäftigung an die öffentliche Hand höher als die Kosten.

### **Keine Wertschöpfung ohne Wertschätzung!**

Auch auf betrieblicher Ebene braucht es für **AK-Präsident Rudi Kaske** Veränderungen: mehr Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auch im Arbeitsklima, in der Arbeitsgestaltung und der Entlohnung niederschlagen muss. Zusätzlich braucht es mehr Aus- und Weiterbildung in den Unternehmen. Diese Investitionen seien ein entscheidender Faktor, ob Europa im internationalen Wettbewerb bestehen kann.